

i.A.22.14.7.3.-CB/BRS

Bern, den 18. Dezember 1989

VERTRAULICHInformations hebdomadaires 51/89

<u>Index:</u>	<u>Page</u>
1) Ministerkonferenz der G-24 in Brüssel	2
2) Besuch von Herrn Roberto Carpio Nicolle, Vizepräsident von Guatemala in Bern: Unterredung mit Staatssekretär Jacobi (15.12.1989)	7
3) WP3/EPC OECD: Sitzung vom 13. und 14. Dezember 1989	9
4) Consultations bilatérales à Bonn entre Ambassadeur Ducrey et Ministerialdirektor Citron, 15.12.1989	10

Ministerkonferenz der G-24 in Bruessel

1. Am 13.12.1989 hat in Brüssel die erste Ministertagung der 24 westlichen Industrieländer (G-24, Zusammensetzung entspricht OECD) stattgefunden, welche ihre Unterstützungsmassnahmen zugunsten von Polen und Ungarn unter dem Vorsitz der EG-Kommission koordinieren. Praktisch alle der 24 waren durch ihren Aussenminister vertreten, entsprechend fand primär eine politische Bewertung des Reformprozesses in Ost- und Mitteleuropa statt (unten 2). Die meisten Teilnehmer äusserten sich weiter zu Aspekten der internationalen Koordination (unten 3) sowie zu neuen Initiativen (speziell Stabilitätsfonds für Polen sowie Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BERD; unten 4).

Die schweizerische Delegation wurde geleitet von BR Felber und umfasste weiter Staatssekretär Jacobi, die Botschafter Arioli (BAWI) und von Tscharner (Mission) sowie Woker (Politische Abteilung I) und Held (Mission).

2. Zu Beginn der Tagung hatten die Aussenminister von Polen und Ungarn die Gelegenheit, die Lage in ihren Ländern und weitere Reformabsichten darzulegen. An dies anknüpfend stellten die meisten Minister der 24 die Notwendigkeit westlicher Unterstützung an den Anfang ihrer Betrachtungen. Unterstützung soll politisch geleistet werden, einerseits um die Richtigkeit der Reformwegmarken (Demokratie, politischer Pluralismus) zu bestätigen und andererseits um den jungen und teilweise fragilen Regierungen den Rücken zu stärken und damit eine allseits ungewünschte Destabilisierung zu vermeiden. Wirtschaftliche Unterstützung soll einerseits die sozial potentiell explosive Kluft zwischen Durchführung und Wirksamkeit von Wirtschaftsreformen überbrücken und andererseits Impulse vermitteln zum

- 3 -

Basisbau einer sozialen Marktwirtschaft. Insbesondere die BRD (Genscher) aber auch die USA (Baker) und einige weitere Delegationen betonten anschliessend die Notwendigkeit, weitere ost- und mitteleuropäische Reformstaaten in den Kreis von Empfängerländern aufzunehmen. Hier liegt das wichtigste Ergebnis des Treffens, indem tatsächlich in der Ministererklärung ausdrücklich die CSSR, die DDR und Bulgarien, daneben auch Jugoslawien sowie ein spezieller Paragraph zur UdSSR Aufnahme fanden. (Wir werden Euch die Erklärung zusammen mit einer Decknotiz im Kurier zugehen lassen.) Ob und was den drei neu dazugekommenen Reformländern nun zukommt, bleibt selbstverständlich den einzelnen G-24 Mitgliedern überlassen. Entsprechende Unterstützung wird aber von nun an international primär im Rahmen der G-24 erörtert und koordiniert. Schliesslich gingen die meisten Minister auf ihre nationalen Unterstützungspakete für Polen und Ungarn ein; eine entsprechende Uebersicht (score board) gelangte am 13.12. auch zur oeffentlichen Verteilung (geht Euch ebenfalls mit Kurier zu).

In der **schweizerischen Erklæuerung** wies BRF zunæchst auf die auslôsende Funktion von Perestroika fûr den Reformprozess in Mittel- und Osteuropa hin. Die Schweiz befûrwortet den Einbezug der drei Reformlândler CSSR, DDR und Bulgarien in den Aktionsbereich der G-24. Polen und Ungarn haben den Reformweg - konkret : geheime Wahlen, Parteienpluralismus, Mïglichkeit zur freien persïnlichen Entfaltung - als erste beschritten, damit ist natûrlich, dass ihnen zunæchst der Hauptteil internationaler Unterstûtzung zugeht.

3. Positiv äusserten sich alle Minister zur Rolle der G-24 als Konzertations- und Koordinationsorgan. Zwischen der EG und den USA besteht Uebereinkunft, dass die gegenwärtige Aufgabenverteilung, im Sinne einer grundsätzlichen operationellen Zurückhaltung der USA gegenüber Osteuropa, beibehalten werden soll. Entsprechend positiv fiel das Votum von Staatssekretär Baker

mit Bezug auf die Funktion der G-24 aus. Er stellte amerikanische Beteiligung beispielsweise auch an der BERD in Aussicht. Dass damit die westliche Unterstützung von der EG zumindest symbolisiert und durch die EGK, im Verhältnis zu kleineren Nicht EG-Ländern mitunter recht dominant, koordiniert wird, folgt zwangsläufig.

Die hier wichtigsten internationalen Organisationen, nämlich die Bretton Woods Institutionen, die OECD, der Pariser Club (Verschuldungsfragen) und die EIB (Europäische Investitionsbank) waren durch ihre Spitzen vertreten und legten Rechenschaftsbericht in ihrem Zuständigkeitsbereich ab. In der erwähnten Kuriersendung wird Euch die Intervention von IWF-Direktor Camdessus zugehen, der nach Besuchen in den zwei Hauptstädten ein ungeschminktes Bild der rigorosen Sanierungsmassnahmen in Polen und Ungarn zeichnet, gleichzeitig aber die Bereitschaft insbesondere der polnischen Regierung zu mutigen Schritten betont. Keinen Erfolg zeitigte der von der OECD ausgehende Versuch, ihre Rolle als Koordinationsorgan spürbar anzuheben. Sie wurde zwar von verschiedenen Ministern im gleichen Atemzug wie IMF und Weltbank als wichtige Organisation genannt, ohne dass aber Vorschläge zur Zuweisung konkreter neuer Funktionen oder Aufgaben erfolgt wären.

Ein spezielles Problem bildet die Frage, ob Unterstützungsmittel für Osteuropa, insbesondere für Polen, als **Entwicklungshilfe** (ODA) angerechnet werden könne. Mit Mühe gelang es einer Mehrheit, darunter der Schweiz, einen sehr dezidierten Vorstoss zugunsten einer Anrechnung (Italien, Dänemark) in das allein für solche Fragen zuständige Organ (DAC der OECD) zu verweisen.

4. Der **Stabilisierungsfonds** für Polen fand anlässlich des Treffens endgültig die politisch wünschbare breite Abstützung, indem insgesamt rund 15 Länder, darunter beispielsweise auch

Portugal und die Türkei, Beiträge zusagten. Damit wird das vorgegebene Ziel (US-Dollar 1 Mia.) voraussichtlich übertroffen werden. Parallel zum Ministertreffen tagten Experten dieser Beitragsländer (schweizerische Delegation : Hans Ith, EFD) zur Diskussion der Modalitäten. Dieses Gremium wird zusammen mit dem IMF für Ueberwachung und Kontrolle des Fonds, der primär zur Stützung der polnischen Währung eingesetzt werden soll, begleitend sein.

Die Idee einer **Entwicklungsbank** für Mittel- und Osteuropa (BERD) hat mit dem Ministertreffen wohl endgültig den point of no return zur internationalen Organisation überschritten; auch wenn von verschiedenen Delegationen Informationsbedarf und teilweise Skepsis gegenüber Funktion (Doppelspurigkeit zur Weltbank) und Finanzierung geäußert wurde. Indes sprach sich niemand dagegen aus, einige aber ausdrücklich dafür. Die EGK wird zweifelsohne dafür sorgen, dass die Institutionalisierung weiter vorangetrieben wird.

Im Gegensatz zu den ersten vagen Umrissen eines **Fonds für Ungarn** (ECU 1 Mia.) wird dieser nun nicht wie jener für Polen breit, sondern ausschliesslich als Finanzinstrument der EG angelegt. Gleiches gilt zur Zeit für zwei weitere Initiativen des kürzlichen EG-Gipfels in Strassburg, den Ausbildungsfonds und ein Programm zum Studentenaustausch, beide zugunsten mittel- und osteuropäischer Reformländer.

Im Bereich **Nahrungsmittelhilfe** für Polen wird die EGK ein zweites Paket schnüren. An diesem wollen sich vereinzelt der G-24-Mitglieder beteiligen, ohne dass aber momentan eine wie im Sommer 1989 breit abgestützte Aktion in Aussicht zu stehen scheint. Polen hat weiter dringenden Bedarf an Arzneimitteln angemeldet.

Im Rahmen der schweizerischen Erklärung stellte BRF einen Beitrag von SFr. 50 Mio. an den Stabilisierungsfonds für Polen in

Aussicht. Noch ist intern nicht entschieden, ob dafür, basierend auf dem Währungsbeschluss, ein eigener Kreditbeschluss verlangt oder die Summe dem Teil Finanzhilfe im 250 Mio. Rahmenkredit belastet wird. Weiter äusserte sich BRF positiv mit Bezug auf eine schweizerische Beteiligung an der BERD.

Besuch von Herrn Roberto Carpio Nicolle, Vizepräsident von Guatemala in Bern : Unterredung mit Staatssekretär Jacobi (15.12.1989)

Am 15. Dezember 1989 empfing Staatssekretär Jacobi den guatemalteckischen Vizepräsidenten, Herrn Roberto Caprio Nicolle (CN), der sich privat in der Schweiz aufhielt, zu einer Unterredung. Tags zuvor hatte CN im Bundesamt für Aussenwirtschaft ein Gespräch mit Staatssekretär Blankart geführt; dem Besuch bei Staatssekretär Jacobi folgte eine Begegnung mit Nationalratspräsident Ruffy und ein von der Lateinamerikanischen Handelskammer in der Schweiz zu Ehren von CN offeriertes Mittagessen.

Schwerpunkte der Gespräche bei Staatssekretär Jacobi und später auch bei Nationalratspräsident Ruffy waren einerseits ein Meinungs austausch über die bilateralen Beziehungen und andererseits die Entwicklung der Lage in Zentralamerika, insbesondere angesichts der Ergebnisse des Gipfeltreffens der zentralamerikanischen Präsidenten vom 10. bis 12. Dezember 1989. CN, der die Schweiz kennt und schätzt, wünscht sich eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen auf allen Gebieten. Er informiert vor allem kurz über die Verwendung des unlängst vereinbarten Mischkredits (Energieversorgung) und er wäre zu einem späteren Zeitpunkt für eine neuerliche derartige Hilfe für weitere Entwicklungsprojekte dankbar. Mit viel Lob erwähnt er die Tätigkeit von Helvetas und Swisscontact in Guatemala. Sich zu den zentralamerikanischen Konflikten äussernd, unterstreicht CN die Bemühungen Guatemalas, zu Friedenssuche und Demokratisierung im Geiste des Abkommens von Esquipulas beizutragen. Er weist zudem auf die Anstrengungen der Regierung Cerezo und der Christlichdemokraten hin, auch das Demokratieverständnis in Guatemala zu heben. Zur effizienten Konfliktlösung in der Region könnte, so CN, das im Esquipulas-Abkommen vorgesehene zentralamerikanische Parlament, dessen Sitz in der guatemalteckischen Stadt Esquipulas entsteht, beitragen. Die Schaffung dieser

- 8 -

Institution verzögert sich allerdings durch das Abseitsstehen Costa Ricas. Die fortdauernde Unterstützung Kubas für die Guerillaorganisation FMLN sei eine der Hauptursachen der Fortsetzung des Bürgerkriegs in El Salvador. CN ist aber optimistisch, denn er glaubt, dass es bereits im Januar 1990 zu neuerlichen Friedensgesprächen zwischen der Regierung Cristiani und der FMLN kommen werde. Den gleichen Optimismus äussert er in bezug auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der Regierung in Managua und den Führern der Contra-Verbände. Weiter hält CN mit Befriedigung fest, dass Guatemala seine Beziehungen zu Belize in den vergangenen Jahren erheblich verbessert habe. Er selbst stehe der Delegation Guatemalas vor, die in regelmässigen Abständen Gespräche mit Belize führe. Schliesslich nimmt CN mit Genugtuung davon Kenntnis, dass JAC anlässlich seiner für 1990 geplanten Zentralamerikareise auch Guatemala zu besuchen beabsichtigt.

WP3/EPC der OECD: Sitzung vom 13. und 14. Dezember 1989

Am Sitz der OECD in Paris fand am Mittwoch- und Donnerstag eine Sitzung der Arbeitsgruppe Nr. 3 des wirtschaftspolitischen Ausschusses der OECD statt. Die schweizerische Delegation wurde von Generaldirektor Zwahlen (SNB) und Direktor Gygi (EFD) geleitet. Drei Themen wurden behandelt:

- a) die allgemeine Wirtschaftslage
- b) die Problematik des Ertragsbilanzungleichgewichtes der grossen Industrieländer und
- c) die Situation in den osteuropäischen Ländern.

Die Diskussion der internationalen Wirtschaftslage war durch einen positiven Grundton gekennzeichnet. Die Entwicklung geht in die angestrebte Richtung. Das Wirtschaftswachstum hat sich in jenen Ländern, in denen die Ueberhitzungserscheinungen am stärksten waren (UK, USA, Kanada), abgeschwächt. Die Inflation hat sich stabilisiert. Sorgen bereitet nach wie vor die Konstellation der Ertragsbilanzungleichgewichte (Protektionismusgefahr, Gefahr für die Stabilität der Finanzmärkte).

Das OECD-Sekretariat prognostiziert für die nächsten Jahre einen erneuten Anstieg der Ertragsbilanzsaldi der grossen Industrieländer (Japan und Deutschland ab 1990, USA 1991). Das Sekretariat hat ausserdem deutlich gemacht, dass Veränderungen des Wechselkurses nach den bis heute gemachten Erfahrungen sehr kräftig ausfallen müssten, um einen zügigen Abbau der Ungleichgewichte auszulösen. Die Debatte zeigte, dass zur Zeit aus unterschiedlichen Gründen niemand an solchen Wechselkursveränderungen interessiert ist. Die meisten Delegierten forderten deshalb eine Beschleunigung der Strukturreformen auf den Güter- und Faktormärkten. Dies soll dazu beitragen, dass die Wechselkurssensitivität der Ertragsbilanz steigt.

Der Vertreter der USA, Mulford, orientierte kurz über die Umsetzung des Brady-Plans. Seit der vorangehenden Sitzung der WP3 wurde das Mexiko-Paket erfolgreich abgeschlossen. Mulford hob vor allem hervor, dass das Problem der "free rider" unter Kontrolle gehalten werden konnte. Venezuela ist der nächste Kandidat. Daran sollen sich bis Ende 1990 die beiden Grossschuldner Brasilien und Argentinien anschliessen. Erst dann wird eine Beurteilung des Erfolges oder Misserfolges des Brady-Plans möglich sein.

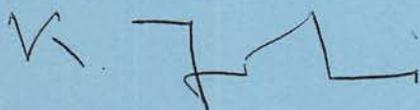
Die Diskussion der Lage in Osteuropa konzentrierte sich auf die Frage nach der Rolle der internationalen Organisationen im Reformprozess. Alle unterstrichen die Notwendigkeit, die Kredite an Bedingungen zu knüpfen. Einigkeit bestand darüber, dass der IWF in den Fällen der IWF-Mitglieder Polen und Ungarn eine wichtige Rolle spielen wird. Unklar ist, welche Organisation(en) sich mit der CSSR, der DDR und Bulgarien beschäftigen sollen. Staatssekretär Tietmeyer (BRD) erklärte, dass seine Regierung die wirtschaftspolitische Beratung der DDR gerne der OECD überlassen würde; die BRD könne dies aus politischen Gründen nicht tun.

Die nächste Sitzung der WP3/EPC wird am 5. und 6. März 1990 in Tokyo stattfinden.

Consultations bilatérales à Bonn entre Ambassadeur Ducrey et Ministerialdirektor Citron, 15 décembre.

Ces consultations ont porté principalement sur évolution en Europe centrale et orientale, sur position suisse face à négociations à venir entre AELE et CEE et sur question allemande. Proposition Gorbatchev Helsinki II a également été évoquée. Impression qui prévaut est que RFA est massivement mobilisée par perspective réunification et veut éviter de se retrouver, avant échéance électorale de décembre 1990, dans conférence qui traiterait inévitablement problèmes de frontière.

K. Jacobi.



Referenzen und Adressen

Adresse für Text- und Daten

i.A.22.14.7.3.-CB/BRS

Chiffriert	Priorität	Factura	Text/erg.	F.I.	Absender	Seite-Nr.
X	X				Presse et Info	1
Ja	Nein	Norm.	Ding.	Flash		
Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

wochentx

Informations hebdomadaires rapides no 51/89 du 18.12.89

Gipfeltreffen am 15. Dezember 1989 in Basel zwischen Bundespraesident Delamuraz, Staatspraesident Mitterand und Bundeskanzler Kohl

Aus Anlass 25-jaehrigen Bestehens der "Regio Basiliensis" trafen sich Delamuraz, Mitterand und Kohl in Basel zum sogenannten "Regio-Gipfel". Ankunft erfolgte im Bahnhof je mit den neusten Hochleistungslokomotiven (TGV, ICE, Bahn 2000). Haupttraktandum des Festaktes in der Mustermesse war das Verlesen der von den drei Staatsmaennern unterschriebenen Erklaerung, in der auf Beispielhaftigkeit der regionalen Zusammenarbeit am Oberrhein hingewiesen und Bezug auf die gesamteuropaeische Zusammenarbeit im Rahmen der Integration hergestellt wird. Es wird davon ausgegangen, dass Integrationsbestrebungen im Grossen auch Zusammenarbeitsformen im Kleinen foerdern werden. Erklaeung gibt ferner Unterstuetzung der Zentralregierungen fuer alle Anliegen der Zusammenarbeit mit regionalpolitischer Bedeutung in den Bereichen Grenzuebertritt, Grenzgaenger, Messen und Kongresse, oeffentlicher Verkehr, Verknuepfung Hochgeschwindigkeitseisenbahnsysteme, Infrastrukturen kombinierter Verkehr Schiene/Strasse, Ausbau Flughafen, Umweltschutz, Raumplanung, Kultur, Wissenschaft und Universitaeten. Am Rande des

Datum: 18.12.89
 Tel. intern: 30 66

Visum:

Handwritten signatures and initials, including a large 'V' and a stylized signature.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN
Presse- und Informationsdienst

(standardI
listint)

Bern, den 19.12.1989

L.A. 22.14.7.3.

Interne Verteilerliste+ dipl. Vertretungen

Betrifft: **IH + DP 51/89**

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei pol. Sekr.		W 338
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Dienst Frankophonie	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg	RUE
	Hr. Chappuis	CFR
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Minister Erard	ER
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Org.	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF

./.

Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Meier	MM
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welti	WP
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädetsdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

+ Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Lorétan, Bundeshaus-West, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan		
Abu Dhabi		
Addis Abeba	Hamburg	Panama
Akkra	Hanoi	<u>Panmunjom</u>
Alger	Harare	Paris (3)
Amman	Havanna	Prag
Amsterdam	Helsinki	Pretoria
Ankara	Hong Kong	Quito
Antananarive	Houston	Rabat
<u>Asuncion</u>	Islamabad	Rio de Janeiro
Athen	Istanbul	Rom
Atlanta	Jakarta	San Francisco
Bagdad	Johannesburg	San José
Bangkok	Kairo	Santiago de Chile
Barcelona	Karachi	Sao Paulo
Beijing	<u>Khartoum</u>	Singapur
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kigali	Sofia
Belgrad	Kinshasa	Stockholm
Berlin/BRD	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Berlin/DDR	Kuala Lumpur	Stuttgart
Bogota	Kuwait	Seoul
Bombay	Lagos	Sydney
Bonn	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bordeaux	Lima	Tel-Aviv
Brasilia	Lissabon.	Tokio
Brüssel+Mission	London	Toronto
Budapest	Los Angeles	Tripolis
Buenos Aires	<u>Luanda</u>	Tunis
Bukarest	Luxembourg	Vancouver
Canberra	Lyon	Warschau
Caracas	Madrid	Washington
Chicago	Mailand	Wellington
Colombo	Manchester	Wien
<u>Conakry</u>	Manila	Yaoundé
Dakar	<u>Maputo</u>	Zagreb
Damaskus	Marseille	Riad
Dar es Salaam	Melbourne	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Den Haag	Mexiko	
Dhaka	Montreal	
Djeddah	Monrovia	
Dublin	Montevideo	
Düsseldorf	Moskau	
Frankfurt a/Main	München	
Genua	Nairobi	
Guatemala	New Delhi	
	New York, UNO+GK	
	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH+DP